



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

18. März 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Start in diese Woche wird von den aktuellen Entwicklungen auf der Krim-Halbinsel überschattet. Nach dem umstrittenen Referendum über einen Beitritt der Krim zur russischen Föderation am letzten Wochenende hat das ukrainische Parlament gestern die Teilmobilisierung der Armee beschlossen. Die Lage spitzt sich immer mehr zu - wichtig ist nun, seitens der EU entschieden gegenüber Russland aufzutreten, den Weg für eine friedliche Lösung dabei aber offenzuhalten. **Die kriegerische Auseinandersetzung kann und darf keine Lösung sein!**

**Innenpolitisch wird derzeit das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (kurz: TTIP) heftig debattiert.** Letzte Woche in der Fragestunde ging es bereits heiß her. Sehr umstritten sind die Regelungen zum Bereich des Investitionsschutzes - nach diesen wäre es Unternehmen aus den USA möglich, im Fall der Fälle, gegen EU-Staaten zu klagen - selbst wenn Deutsche Gerichte das Gesetz für verfassungsmäßig gehalten haben. Die Befürchtung vieler Bürgerinnen und Bürger, es könnten hohe steuerliche Belastungen auf Grund von Schadensersatzklagen auf Deutschland zukommen, liegt nahe. Hinzu kommt die mangelnde Transparenz der Verfahren - die speziell eingerichteten Schiedsgerichte verhandeln geheim. **Deshalb hat sich die Bundesregierung gegen die Schiedsverfahren ausgesprochen und wird dies auch nach Ablauf des Konsultationsverfahrens gegenüber der EU-Kommission tun. Die EU-Mitgliedstaaten bieten Investoren aus der USA bereits ausreichenden Rechtsschutz vor ihren nationalen Gerichten - und viceversa.**

Nächste Woche fahre ich wieder nach Darmstadt und biete am Dienstag um 16.30 eine Bürger-sprechstunde an. Ich freue mich, mit der einen oder dem anderen von Ihnen bei dieser Gelegenheit ins Gespräch zu kommen.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

*Euse / Ihre Brigitta Zypries*

## +++ Equal Pay Day am 21. März+++

### Veranstaltungstipp

Anlässlich des Equal Pay Day am 21. März finden auch in diesem Jahr wieder verschiedene Veranstaltungen und Aktionen in Darmstadt und Umgebung statt.

Das Kinder- und Familienzentrum BimBamBino in der Ringstraße 63a lädt ab 8:30 zum Frühstück unter dem Motto „Red Breakfast – Lass Dich nicht abspesen!“ ein. Dort gibt es Gelegenheit, sich mit den Frauenbeauftragten des Landkreises über Minijobs, Teilzeit und Chancen zu unterhalten. Kontakt: Frauenbeauftragte der Stadt Pfungstadt Astrid Rumpf-Starke Telefon 06157/988-1150.

### Rabattaktion

Die Darmstädter Innenstadt-Kinos (Citydome Darmstadt) gewähren am Equal Pay Day allen Frauen, die entweder eine rote Tasche dabei haben oder das Codewort „Rote Tasche“ nennen, 22% Ermäßigung auf ihre Kinokarten.



+++ Europawahl am 25. Mai +++

**Ehrenamtliche Wahlhelfer gesucht!**

Für die Europawahl am 25. Mai suchen die Stadtverwaltung Darmstadt und auch die Landkreiskommunen noch ehrenamtliche Wahlhelfer. Jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzt, am Tag der Wahl mindestens 18 Jahre alt ist und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde mit Hauptwohnung gemeldet ist, kann mithelfen. Für die Mitarbeit erhalten die Wahlhelfer ein Erfrischungsgeld in Höhe von 30 Euro; Mitglieder der Briefwahlvorstände bekommen 25 Euro. Wahlhelfer, die schon bei der vergangenen Bundestags- oder Landtagswahl mitgearbeitet haben, erhalten einen zusätzlichen Bonus in Höhe von 5 Euro. Interessenten können sich beim Bürger- und Ordnungsamt in der Grafenstraße 30, 64283 Darmstadt, Telefon 06151/13-3228 oder 13-3820 melden oder bei den Kommunen des Landkreises.

## Haftpflichtproblematik der Hebammen

Bis zum 1. Juli 2015 will die Nürnberger Versicherung keine Berufshaftpflichtversicherungen für Hebammen mehr anbieten - damit zieht sich eine der letzten Versicherungen vom Markt zurück. Diese Meldung schreckte im Februar die Öffentlichkeit auf: **Ist das das Ende der Arbeit freiberuflicher Hebammen?** Auf Grund eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird am Donnerstag im Plenum diskutiert werden, wie die Zukunft der Geburtshilfe aussehen und wie die Existenz freiberuflicher Hebammen weiter sichergestellt werden kann.

Hintergrund der Sorge vieler Hebammen und (werdender) Mütter und Väter ist folgender: Ohne Haftpflichtversicherung dürfen Hebammen ihren Beruf nicht ausüben. **Allein in den letzten zehn Jahren stiegen jedoch die Versicherungsprämien für Hebammen um das Zehnfache an** - die Versicherungen reagierten so auf die massiv gestiegenen Kosten für Geburtsfehler und -schäden. Für viele Hebammen war und ist das kaum noch bezahlbar. Allein deshalb war der Bundestag bereits seit längerem mit der Problematik befasst. **Der Rückzug einer der letzten Haftpflichtversicherungen vom Markt bedroht nun unmittelbar die Existenz der freiberuflichen Hebammen - das darf nicht sein!** Freiberufliche Hebammen sind für alle werdenden Mütter ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung! Die SPD wird sich daher für die Hebammen einsetzen.

Wie eine Lösung für das Problem allerdings aussehen kann, ist noch offen. Vorgeschlagen wurde beispielsweise, Hebammen und Versicherungen zu entlasten, indem die Höhe der Prämien nach Anzahl der Geburten gestaffelt wird. Auch im Gespräch ist ein staatlicher Haftungsfonds, der ab einer gewissen Haftungsobergrenze einspringen könnte. Die SPD fordert insoweit Geduld von den Betroffenen ein: **Ende des Monats noch sollen die Ergebnisse einer interministeriellen Arbeitsgruppe vorgelegt werden**, die in der letzten Legislaturperiode unter Beteiligung der Hebammenverbände, die Probleme der geburtshilflichen Versorgung in Deutschland, u.a. der Haftpflichtproblematik, analysiert und beraten hat. **Da im Rahmen der Arbeitsgruppe insbes. auch die Vorschläge der Hebammen erörtert wurden, macht es Sinn, die Vorlage des Berichtes abzuwarten und auf dieser Grundlage mit allen Beteiligten an einer tragfähigen Perspektive für die Hebammenversorgung in Deutschland zu arbeiten. Politische Schnellschüsse sind jetzt nicht zielführend.** Die Debatte diese Woche findet also ein wenig verfrüht statt - inhaltlich hat sie aber volle Berechtigung.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Bilder:

Seite 2: *Hannes Nonhebel*

Seite 3: *Büro Zypries*

### Neues Gesetz zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner

An diesem Donnerstag wird im Bundestag der Regierungsentwurf zur Neuregelung der Sukzessivadoption durch Lebenspartner beraten. **Die Regierung setzt damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2014 um.**

Nach geltendem Recht ist nur die sog. Stiefkindadoption zulässig, d.h. es ist lediglich möglich das leibliche Kind eines Lebenspartners zu adoptieren. Die Sukzessivadoption aber, d.h. die Adoption des vom Lebenspartner zuvor adoptierten Kindes, ist- anders als bei heterosexuellen Ehepaaren - nicht möglich. Das Bundesverfassungsgericht sah darin einen Verstoß gegen den Gleichheitssatz - durch Benachteiligung adoptierter im Verhältnis zu leiblichen Kindern, aber auch der von Lebenspartnern gegenüber Ehegatten. **Die Neuregelung ist ein guter Schritt in Richtung der völligen Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften.** Die gemeinsame Adoption eines Kindes bleibt Lebenspartnern leider auf Grund von Widerständen innerhalb der Koalition weiter verwehrt.

### 25 Parteien für die Europawahl zugelassen

Am letzten Freitag hat der Bundeswahlausschuss insgesamt 25 Parteien für die Europawahl am 25. Mai 2014 zugelassen. **Neben den bereits in Brüssel vertretenen Parteien wurde erstmals die eurokritische „Alternative für Deutschland (AfD)“ zugelassen.** Dies ist unter dem Blickwinkel der erst kürzlich erfolgten Aufhebung der 3-Prozent-Hürde durch das Bundesverfassungsgericht interessant, da damit zu rechnen ist, dass nun auch Vertreter kleinerer Parteien ins Europaparlament einziehen werden. **Ein Grund mehr, am 25. Mai zur Wahl zu gehen und für klare Mehrheitsverhältnisse zu sorgen!**

Bei der kommenden Europawahl steht erstmals (zumindest indirekt) auch der Präsident der Europäischen Kommission zur Wahl. **Der sozialdemokratische Spitzenkandidat Martin Schulz will sich vor allem für ein demokratischeres und offeneres Europa einsetzen.** Dazu gehört für ihn auch, bestimmte Wahrheiten beim Namen zu nennen. „Alternativlosigkeit ist für mich ein Unwort der letzten Jahre“, so Schulz. „Natürlich gibt es Alternativen zum Euro und zur Europäischen Union. Europa kann auch scheitern. Aber die beste Alternative ist für mich ein starkes Europa, effektiv, demokratisch, sozial. Dafür setze ich mich mit aller Kraft ein.“